



POLISH LEAGUE AGAINST DEFAMATION

11/8 Chmielna Street, 00-021 Warsaw, Poland
www.rdi-plad.org

Warschau, 30.05.2018

RDI.W.S34.05.2018

Peter Boudgoust
SÜDWESTRUNDFUNK
Anstalt des öffentlichen Rechts
Neckarstr. 230
70190 Stuttgart

Sehr geehrte Damen und Herren,

die ARD hat neulich eine Reportage über Polen gesendet, in dem die Journalistin Anette Dittert Polen fälschlicherweise als ein Land darstellt, das zu einer Diktatur werde, ein Land, in dem Fremdenhass und radikaler Nationalismus angeblich allgemein werden.

Anne Dittert greift erneut eine demokratisch gewählte Regierung an und bezichtigt Jarosław Kaczyński, den Vorsitzenden von Recht und Gerechtigkeit - der Partei, die im polnischen Parlament eine absolute Mehrheit besitzt - diktatorischer Neigungen. Selbst im Lichte der allgemein bekannten, wenn auch äußerst einseitigen deutschen Meinungsfreiheit scheint das grob übertrieben zu sein. Diese Beschuldigungen und Angriffe werden von keinen rationellen Beweisen bestätigt. Die Narration des Dokuments beschränkt sich auf die Behauptung, die Regierung der Recht und Gerechtigkeit „steuere auf Russland zu“, und die polnische Demokratie sei angeblich eine Fiktion. Dabei trifft es vielmehr auf Ihr auf einen neuen Ribbentrop-Molotov-Pakt zusteuernendes Land mit dessen Pseudo-Demokratie zu.

1. Wir möchten ausdrücklich unterstreichen, dass Recht und Gerechtigkeit die Parlamentswahl 2015 eindeutig gewann und die Wahl selbst frei und demokratisch war. Die bisher regierenden liberalen Parteien (u. a. die Bürgerplattform) wurden durch eine freie Volksentscheidung entmachtet. Die konservative Partei wurde angesichts des immer brennender werdenden Rufs nach Reformen und sozialen Veränderungen gewählt.
2. Andeutungen, Jarosław Kaczyński möchte angeblich einen Austritt Polens aus der EU, sind eine offensichtliche Lüge. Im März 2017 r. stellte der Vorsitzende der Recht und Gerechtigkeit ausdrücklich fest: „Jegliche Unterstellungen, wir wollen Polen aus der EU führen, sind ein Betrug, eine Manipulation und ein Missbrauch“. Das ständige Wiederbeleben dieser These mag sich gut verkaufen, mit der Wahrheit hat sie aber nichts gemeinsam.
3. In Bezug auf den in Ihrer Reportage gezeigten Unabhängigkeitsmarsch, der die negativen gesellschaftlichen Auswirkungen des aktuellen Wandels veranschaulichen sollte, möchten wir daran erinnern, dass diese Veranstaltung auch zu Regierungszeiten der Bürgerlichen

Plattform stattfand. Recht und Gerechtigkeit ist nicht der Veranstalter dieser patriotischen Manifestation der Polen; die von verschiedenen Heimatorganisationen organisiert wird. Der Unabhängigkeits-Marsch ist eine der vielen Möglichkeiten, Heimatliebe zum Ausdruck zu bringen, und darf nicht als ein Beispiel für extreme Haltungen missbraucht werden. Schließlich darf die Heimatliebe eines durchschnittlichen Deutschen ja auch nicht gleich als "Nationalismus" bezeichnet werden.

4. Die Europaabgeordnete der Bürgerlichen Plattform, Róża Thun, die für ihre inzwischen obsessiv gewordenen Angriffe gegen die polnische Regierung bekannt ist, soll nun eine der wenigen Personen bleiben, die die jetzige Regierung immer noch kritisieren. Es hat natürlich nichts mit Tatsachen zu tun, man muss schließlich kein Kenner der polnischen Politik sein, um zu wissen, dass es hierzulande auch andere Kritiker gibt, die ihre Kritik auch offen äußern. Als ein demokratisches Land gewährt Polen allen eine solche Möglichkeit - und viele Politiker und Journalisten machen davon Gebrauch, was man leider nicht von Deutschland sagen kann. Wir können Ihnen versichern, dass Frau Róża Thun nicht die einzige „Mutige“ ist, die es in Polen wagt, die Regierung zu kritisieren. Sie darf in Polen ohne Angst tun, was in Ihrem Land bedauerlicherweise schon wahre Mut erfordert.
5. In Ihrer Reportage hört man auch Verleumdungen in Verbindung mit der polnischen Justizreform. Der Vorwurf lautet auf unberechtigten Kaderaustausch, fehlende Unabhängigkeit der Richter, versuchte Beeinflussung von Richtern durch Recht und Gerechtigkeit, Aneignung des Justizsystems durch Jarosław Kaczyński. Der Zuschauer erfährt nicht, warum diese Reform unabdingbar war. Die Justizreform war 2015 eines der wichtigsten Wahlversprechen der Recht und Gerechtigkeit. Im Jahre 2017 wurde das polnische Justizsystem bei mehreren Befragungen von der Hälfte der Befragten als schlecht beurteilt, während über 80% der Befragten eine Justizreform bejahten. Der Ruf der Bevölkerung nach einer Reform des Gerichtswesens, dessen Pathologien nach 1989 nicht einmal ansatzweise beseitigt wurden, war in einem demokratischen Staat Grund genug, entsprechend zu handeln.
6. Wir wissen es zu schätzen, wenn Ihre Journalistin zugibt, dass die Deutschen die Verantwortung für den Holocaust tragen; an der selben Stelle vom „polnischen Antisemitismus“ und vom Ausliefern von Juden an die Nazis zu sprechen ist allerdings ein Versuch, gerade diese Verantwortung für bestimmte Aspekte des 2. Weltkriegs zu leugnen. Das Völkerrecht besagt, dass der Besatzer, also das III. Deutsche Reich, für die Sicherheit auf den besetzten polnischen Gebieten zu sorgen hatte. Während des Krieges drohte den Polen aber für jegliche an die Juden geleistete Hilfe die Todesstrafe. Es sollte die Polen und die Juden, die oft Nachbarn oder sogar Mitglieder einer Familie waren, zusätzlich miteinander verfeinden. Vor dem Krieg befürwortete der polnische Staat nie den Antisemitismus, und er führte auch keine antisemitische Politik. Wären einzelne antisemitische Haltungen im Vorkriegs-Europa dem Holocaustgedanken gleich gewesen, so hätte jeder damals existierender Staat die Verantwortung für den Holocaust mittragen müssen. So ist es aber nicht, und so ist Deutschland der einzige Staat, der für den Holocaust systemisch verantwortlich ist.
7. Wir empfehlen Ihnen, sich mit dem Inhalt der Novelle des polnischen Gesetzes über das Institut für Nationales Gedenken bekannt zu machen. Dieses Gesetz verbietet es nicht, über Verbrechen einzelner polnischer Bürger gegen die Juden im 2. Weltkrieg zu sprechen. Der Art. 55a dieses Gesetzes lautet: „Wer dem polnischen Volk oder dem polnischen Staat öffentlich und entgegen den Tatsachen die Verantwortung oder Mitverantwortung für die vom III. Deutschen Reich begangenen nationalsozialistischen Verbrechen (...) oder andere Verbrechen gegen den Frieden, Verbrechen gegen die Menschheit oder Kriegsverbrechen zuschreibt, oder auf eine andere Weise die Verantwortung der wirklichen Verursacher dieser Verbrechen grob herabsetzt, wird mit einer Geldstrafe oder einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren bestraft“. Wenn den Polen also die Verantwortung für z. B. das Betreiben der deutschen nationalsozialistischen Konzentrationslager zugeschrieben wird, so stellt dies den dort definierten Tatbestand, dass dem polnischen Volk entgegen den Fakten die Verantwortung für Naziverbrechen zugeschrieben wird. Kurz gesagt: man darf einzelne Verbrecher nicht mit dem ganzen Volk gleichstellen.

Letztendlich möchten wir zu den „Befürchtungen“ der Europaabgeordneten der Bürgerlichen Plattform Róża Thun kurz Stellung nehmen. Aus den Aussagen der Frau Europaabgeordneten scheint hervorzugehen, dass Polen „auf Russland zusteuert“, während die deutschen Versuche, Europa im Konzert mit Präsident Putin zu umzingeln und zu unterwerfen, für die Frau Europaabgeordnete natürlich kein "Auf-Russland-Zusteuern" sind. Einen krasseren Fall von Realitätsentfremdung, Propagation von Unwahrheit und primitiver Propaganda kann man sich wahrhaft kaum vorstellen.

Das Material der ARD ist einseitig, wie auch die darin gezeigten Personen. Das Dokument präsentiert ausschließlich die Meinung derjenigen, die bei der Parlamentswahl 2015 in Polen eine schmetternde Niederlage erlitten und sich mit dem Verlust von Sonderstellungen sowie Privilegien, oder mit der Abkehr von den durchs LGTB-Milieu befürworteten Haltungen immer noch nicht abfinden können, und die die Rückkehr zu konservativen und patriotischen Werten für eine „Rückkehr zum Mittelalter“ halten.

Polish League Against Defamation